= Anlage 2 =

Betr. Sitzung 06.02.2023 – zu TOP 6

Auszug zu dem Tätigkeitsbericht 2022 des Seniorenbeirats

2.) In der Sitzung im Dezember 2021 hatte der Seniorenbeirat sich mit der Frage **Gemeindeschwester/Gemeindepfleger für Laubach** beschäftigt. Es war erwartet worden, dass das Hessische Ministerium für Soziales und Integration im Herbst 2022 ein neues Förderprogramm in dieser Richtung auflegt. Dann wollte man sich erneut dieses Themas annehmen. Tatsächlich wurde ein neues Programm eingerichtet. Dies wurde aber erst nach unserer letzten Sitzung des Jahres bekanntgegeben, in einer Pressemitteilung des Ministeriums am 1. Dezember, die hier zu finden ist: > https://soziales.hessen.de/presse/land-fuehrt-foerderung-von-gemeindepflegerinnen-fort < Der Seniorenbeirat wird gleich in seiner ersten Sitzung im Jahr 2023 sich damit befassen.

3.) Von der ersten Sitzung des Jahres 2022 an hat das Thema **„Senioren-WG“** den Beirat beschäftigt. Damit ist gemeint, dass Seniorinnen und Senioren in eigener Verantwortung in einem Haus oder einer großen Wohnung zusammenleben. Jeder Bewohner/jede Bewohnerin hat einen eigenen Bereich und kann nach Wunsch für sich alleine sein. Es gibt aber auch einen gemeinschaftlichen Bereich für Beisammensein usw. Die Bewohnerinnen und Bewohner können sich gegenseitig aushelfen und bemerken bspw. wenn es jemandem nicht gut geht und vielleicht ein Arzt gerufen werden muss. Es gibt Interessentinnen, und der Seniorenbeirat unterstützt sie gerne bei der Suche nach einem geeigneten Objekt. Dabei ist festzustellen, dass es in Laubach nur wenig **altersgerechten Wohnraum** gibt. Bei einem jetzt schon geschichtlich beispiellos hohen Anteil betagter Menschen, der schnell noch anwachsen wird, sollten alle in der Kommune Verantwortlichen sich der Aufgabe stellen, mehr Wohnraum für ältere Menschen zu schaffen.

4.) Der Punkt **altersgerechter Wohnraum** und **Senioren-WG** einerseits und der zuvor genannte **Gemeindeschwester/Gemeindepfleger** sind im Zusammenhang zu betrachten. Das gegenwärtige System der Alten- und Pflegeheime in der Verbindung, mit ambulanter Pflege und häuslicher Pflege durch Angehörige wird den sich aktuell aufbauenden Anforderungen nicht mehr gerecht werden können.

Die Kosten werden rapide ansteigen, und von den schon jetzt zu wenigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Altenpflege (man rechnet derzeit schon mit etwa 10 000 unbesetzten Stellen in der stationären Altenpflege) treten in baldiger Zukunft viele selbst in den Ruhestand ein. Es ist jetzt schon abzusehen, dass Jüngere in so geringer Zahl nachrücken, dass bei weitem nicht einmal die jetzt noch besetzten Stellen ausgefüllt

werden können. Dies angesichts ganz erheblich ansteigenden Bedarfs. Es wird schnell eine immer größer werdende Lücke klaffen.

Andererseits sind viele Alte heute noch lange imstande, weitgehend für sich selbst zu sorgen, z.B. dann, wenn sie sich gegenseitig unterstützen können. Diese bedürfen nicht einer Heimbetreuung, aber sie brauchen geeigneten, d.h. barrierefreien, Wohnraum, möglichst in der Nähe von Ärzten, Apotheken und Einkaufsmärkten für den täglichen Bedarf. Weiterhin sind flankierende Hilfsstrukturen erforderlich. Solche bestehen zum Beispiel in einem Einkaufsservice, evtl. auch in einem Transportdienst, Hauswartung und -reinigung. Darüber hinaus ein Behördenlotse oder eine Behördenlotsin, der oder die helfen kann bei behördlichen Schreiben, Schreiben der Bank usw., beim Ausfüllen notwendiger Formulare. Dazu bei Bedarf medizinische oder pflegerische Betreuung, die nicht beständig verfügbar sein muss, aber akut tätig werden kann. Diese flankierenden Möglichkeiten sollten flexibel einsetzbar sein, je nach dem konkreten Bedarf der betreffenden Seniorinnen und Senioren.

Auch weitere Wohnformen sind denkbar und mancherorts schon verwirklicht: Mehrgenerationenimmobilien, in denen Jung und Alt wohnen. Im Erdgeschoß schwellenfreier Wohnraum für Alte und Behinderte, in anderen Gebäudeteilen Wohnungen für junge Familien. Mit einem geschützten Hof, in dem die Kinder gefahrlos spielen können, die Alten im Freien sich treffen und zusammen sitzen können, in dem Feste gefeiert werden können, gemeinschaftliche Aktivitäten möglich sind. Es ergibt sich Nachbarschaftshilfe. Zusammen mit Ehrenamt müssen dann nicht alle anfallenden Kosten von der Allgemeinheit bzw. der Versichertengemeinschaft getragen werden. Es ist wichtig, gleich bei allen Neuplanungen und Ausschreibungen solche Ideen zu verfolgen und mit entsprechend erfahrenen Architekten zusammen zu arbeiten. Die Alten nicht in Einrichtungen abschieben, sondern wo immer möglich mitten im Leben belassen!

Wir werden jetzt viel Gedankenarbeit und Kreativität in die Schaffung und Formung solcher Möglichkeiten investieren müssen, wenn wir vermeiden wollen, dass die Öffentlichkeit bald wieder einmal vor einem Problemberg steht und jeder zeigt sich dann überrascht. Die Probleme aber werden letztlich in der Kommune anfallen und dort gelöst werden müssen. Und genau hierhin gehört auch die Gemeindeschwester bzw. der Gemeidepfleger, gekoppelt mit Beratung. Wichtig hier ist Beratung, die an einer Stelle stattfindet, anstelle eines Dschungels an

Vorschriften und Beratungsstellen. Es geht um die Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung, sonstige mögliche finanzielle Leistungen, Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, Suche nach Hilfsangeboten, Angebote für pflegende Angehörige.

Aktuell konnte noch kein Wohnraum für eine erste Senioren-Wohngemeinschaft gefunden werden. Ein möglicher Investor hat sich prinzipiell bereit erklärt, in einem geeigneten Objekt sich zu engagieren.

Die Suche nach einer solchen Immobilie muss aus den genannten Gründen für alle Verantwortlichen der Kommune eine Notwendigkeit sein! Es muss

vermieden werden, dass erst dann nach Lösungen gesucht wird, wenn die Probleme akut aufbrechen. Die Entwicklung ist jetzt absehbar, und folglich muss jetzt gehandelt werden. Der Seniorenbeirat wird kooperieren und Lösungen mitentwickeln. Er ruft deshalb Stadtverordnetenversammlung, Magistrat, die Ortsverbände der Parteien und die Wählergemeinschaften seinerseits dazu auf, tätig zu werden. Auch die Pfarrgemeinden und die hier vertretenen Sozialverbände, letztlich die gesamte Zivilgesellschaft, alle müssen sich hier einbringen. In einem ersten Schritt muss die Problemlage formuliert werden, im zweiten Schritt ist diese zu konkretisieren auf Laubach, daraus folgend sind Lösungen zu konkretisieren.